Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 3

Artikel: Phänomen Schweiz : sozialer Wandel, politische Beharrung
Autor: Girod, Roger
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163191

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROGER GIROD

Phänomen Schweiz: Sozialer Wandel, politische Beharrung

Wenn man das politische Verhalten der Schweizer im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte untersucht, ist das überraschendste Ergebnis nicht die Veränderung, sondern im Gegenteil die Stabilität – ganz besonders dann, wenn man die gesellschaftliche Entwicklung dieser politischen Kontinuität gegenüberstellt.

Der Gegensatz ist in der Tat erstaunlich. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich in diesem Land bedeutende Veränderungen vollzogen. Der Anteil der in den Städten lebenden *Bevölkerung* hat beträchtlich zugenommen. Fast die Hälfte der Bewohner wohnt jetzt in Stadtgebieten, während es vor dreissig Jahren nur ein Drittel war. Die Verstädterung erhält zusätzliches Gewicht durch ein immer deutlicheres Überwiegen der Denkart und Lebensweise des Stadtmenschen gegenüber derjenigen der ländlichen Bevölkerung, so dass die Landschaft immer mehr zu «Vorstadtgebiet» wird. Demographisch gesehen, stellt man ein aussergewöhnliches, durch den Zustrom ausländischer Arbeiter verursachtes Wachstum fest. Diese plötzliche Vergrösserung der Bevölkerung hat sich auf dem Wohnsektor und vielen anderen Gebieten des Lebens ausgewirkt. Die *Wirtschaft* hat sich in sehr raschem Tempo modernisiert; die berufliche Struktur der Arbeitskräfte hat sich völlig verändert. So beschäftigt die Landwirtschaft nicht einmal mehr den zehnten Teil der arbeitenden Bevölkerung. Ihr relativer Anteil war vor dem letzten Krieg doppelt so gross. Der sekundäre Sektor ist stabil, während sich der tertiäre immer mehr entwickelt. Die Veränderung der Arbeitsinhalte und der Arbeitsweisen lassen sich weniger leicht darlegen, sie sind jedoch ebenfalls beträchtlich, wenn man nur zum Beispiel an alle Umstellungen denkt, welche die Einführung des Computers in der Verwaltung, im Bankwesen und im Handel bewirkt hat.

Die Produktion hat in einem Ausmass zugenommen, dass sich das nationale Realeinkommen pro Kopf seit 1950 verdoppelt hat. Der Lebensstandard hat also einen Sprung vorwärts gemacht, der seinesgleichen sucht: eine durchschnittliche Arbeiterfamilie verfügt heute über die Kaufkraft, welche jener des mittleren Kaders (ungefähr auf dem Stand von Abteilungsleitern) von 1950 entspricht. Das heisst natürlich nicht, dass sie die Kader eingeholt hätte, denn die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten haben sich grosso modo aufrechterhalten, sogar eher mit einer Tendenz zur Akzentuierung der Einkommensungleichheit.

Auf den andern Ebenen sind die Veränderungen nicht weniger offensichtlich: eine der bedeutendsten ist die Geburtenentwicklung. Sie ist bei der Bevölkerung schweizerischer Nationalität eindeutig rückläufig und übersteigt mit 60 000 Geburten im Jahr 1973 nur noch wenig die Anzahl der Todesfälle (53 000). Diese Entwicklung ist das Resultat neuer Auffassungen, vor allem über das Familienleben, genauer gesagt über die Beziehungen zwischen dem Familienkern (bestehend aus Vater, Mutter, unmündigen Kindern) und der Familie im weitesten Sinne, welche die besseren Voraussetzungen für die Entwicklung des Kindes bot. Dieser Wandel in den Sitten und der Lebensart spiegelt sich auch in der Kleidung, in der Sprache, in der Art der zwischenmenschlichen Beziehungen im Alltag, in der Freizeitgestaltung, in den Massenmedien. Gerade hier ist ein Vergleich besonders aufschlussreich: welche Skandale und welche Bestürzung hätten vor zwanzig Jahren viele heutige Fernsehsendungen hervorgerufen! Hier sei auch auf die Entwicklung des Glaubens und der Religiosität hingewiesen.

Schliesslich bleibt noch zu erwähnen, dass auch das Volk selbst – oder jedenfalls ein grosser Teil davon – unser Land mit andern Augen betrachtet, als dies früher der Fall war. Dies müsste man allerdings noch genauer untersuchen, um nicht für bare Münze zu nehmen, was vielleicht nur ein äusserer Eindruck ist. Immerhin scheint sicher, dass zum Beispiel die optimistischen Thesen eines Werkes wie dasjenige von André Siegfried («La Suisse, démocratie témoin») heute nicht mehr den einhelligen Beifall finden würden, der ihnen 1948 zuteil wurde. Die Stimmung geht in Richtung Zweifel und «Infragestellen». Dies war seit jeher die Haltung vieler schweizerischer Intellektueller – man denke an C. F. Ramuz, um nur ein Beispiel zu nennen –; sie ist jedoch allgemeiner geworden. Vorherrschend scheint sie jedenfalls in den halbintellektuellen Schichten, die von Jahr zu Jahr grösser werden – ein Resultat der verbreiteten Weiterbildungsmöglichkeiten und eine weitere tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung.

So gerät der gesellschaftliche Überbau gleicherweise in Bewegung wie die Infrastruktur. Auf der politischen Ebene ist jedoch die *Stabilität* erstaunlich. Das System der politischen Kräfte ist praktisch mit jenem vor drei Jahrzehnten oder früher identisch.

Die stabilisierende Hauptkraft liegt in einer gemässigten, um nicht zu sagen konservativen Volksmehrheit. Die Abstimmung vom 21. März über die Mitbestimmung in den Betrieben brachte einen zusätzlichen Beweis für das fehlende Verlangen nach ausgeprägteren Veränderungen. Der Wähler akzeptiert nur Reformen, die er für unerlässlich hält, und auch diese nur unter der Bedingung, dass die ihm unterbreiteten Projekte ausgewogen sind.

Ein anderes Anzeichen für die Beharrenskraft der politischen Gewohnheiten: Die relative Stärke der verschiedenen Parteien, sowohl in den Kan-

tonen wie auf Bundesebene ist ausserordentlich konstant. Einige Zahlen genügen, um zu zeigen, welches Ausmass diese Stabilität erreicht. Zwischen 1922 und 1975 haben die Sozialdemokraten im Nationalrat einen prozentualen Anteil an Stimmen erhalten, der zwischen 21,7% (1922) und 28,9% (1943) schwankte. Heute beträgt er 27,5%, also sozusagen derselbe Stand wie vor zwanzig Jahren (1955: 27,1%). Für die andern Parteien gelten ungefähr die gleichen Feststellungen: 23,5% für die Freisinnigen im Jahre 1975 gegenüber 25,5% im Jahre 1955; 23,0% für die CVP im Jahre 1975 gegenüber 24,0% im Jahre 1955; 2,0% für die Partei der Arbeit in beiden genannten Jahren usw. Unter solchen Umständen wird auch die Zusammensetzung der eidgenössischen Exekutive nur in sehr langen Intervallen verändert. Seit 1959 wird dort die «Zauberformel» der Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen in genau gleicher Dosierung angewandt. In den Kantonen ist die politische Zusammensetzung der Exekutive ähnlich stabil, im allgemeinen sogar noch ausgeprägter.

Wie soll man diesen Gegensatz zwischen der auf vielen Gebieten stürmischen Entwicklung und der Unveränderlichkeit der politischen Grundkräfte deuten?

Einige erklärende Faktoren

Folgende Gegebenheiten wären zu beachten:

a) Die politische Haltung des Schweizers hat vermutlich eher traditionellen als rationalen Charakter. Das politische System der Schweiz hat bürgerlich-gemässigte Parteien hervorgebracht (Freisinnige, CVP), welche die politische Szene beherrschen. Diese Parteien sind regional und konfessionell verankert. Sie entsprechen genau gesellschaftlichen Milieus, die alle mehr oder weniger ihr bestimmtes Wertsystem, ihre Symbole, ihre Sprache haben. Die Wähler, welche sich an diese Parteien halten, setzen ihr Vertrauen in einen Typ von Menschen, mit dem sie sich verwandt fühlen; viel weniger zählt für sie bei der Wahl das Parteiprogramm mit seinen genauen Zielsetzungen oder die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Mittel. Diese Art Solidarität entspringt eher der *Gemeinschaft* (der primären sozialen Bindung, die mit dem Leben direkt zusammenhängt, und wofür die familiären Strukturen das typischste Beispiel sind) als der *Gesellschaft* (das heisst den bewusst organisierten Institutionen zum Zwecke der Verwirklichung gewisser Ziele). Genau besehen ist auch die Sozialdemokratische Partei auf gesellschaftlichen Schichten aufgebaut, deren Zusammenhalt mehr auf traditionellen Denkarten und Freundschaften beruht als auf gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder.

Die politischen Probleme wandeln sich, die Mentalität der Parteiführer

auch, ebenso wie die ihrer Anhänger, aber diese kulturellen und emotionalen Bedingungen bleiben. Wahrscheinlich widerstehen sie sogar im allgemeinen der Ortsveränderung. Viele Wähler bleiben der «Sub-Kultur» treu, von der sie geformt wurden, auch nachdem sie ihre engere Heimat verlassen haben. Sonst würde man kaum begreifen, dass so viele Landbewohner in die Städte gezogen, dass zahlreiche Satellitenstädte entstanden sind, dass so viele andere Wandlungen in der Aufteilung der Wähler im Raum stattgefunden haben, ohne dass die Auffächerung der politischen Kräfte sich entsprechend gewandelt hätte.

Wenn diese Überlegungen zutreffen, entspringen die politischen Haltungen mehr als jedem anderen Faktor der familiären Erziehung. Sie sind also im wesentlichen vererbt. Diese Vermutungen müssten jedoch durch Beobachtungen verifiziert werden, auch wenn sie beim jetzigen Stand der Kenntnis am plausibelsten sind.

b) Ein zweiter Faktor: Die direkte Demokratie – in Verbindung mit einer «gemässigten Mehrheit». Die Wähler werden in Abstimmungen oft um ihre Meinung gefragt. Die Mehrheit spricht sich regelmässig für eine Politik der ganz kleinen Schritte aus, wenn nicht für ein Anorttreten. Deshalb sind die Parteien, welche die Verantwortung auf Regierungsebene, im Bundeshaus oder in den Kantonen, tragen, gezwungen, Zielsetzungen zu vertreten, welche sich um diese vom Souverän festgelegte Achse drehen. Sie neigen ein wenig nach links, ein wenig nach rechts, je nach Wählerschaft und auch je nach den Problemen. Da die Parteien sich in ihren Grundsatzprogrammen sehr nahestehen, hat der Wähler wenig Anlass, eine Partei, der er angehört, zu verlassen. Das ist in jenen Ländern grundsätzlich anders, wo die Opposition von heute die Mehrheit von morgen werden kann. Das heisst nicht, dass die schweizerischen Parteien nicht voneinander verschieden sind. Jede von ihnen ist von einem bestimmten Idealbild des Menschen und der Gesellschaft geprägt. Jede versucht, eine bestimmte Dosis dieses Ideals zu verwirklichen. Alle sind sie jedoch durch die Volksmehrheit gezwungen, dies mit vielen Nuancen und in Zusammenarbeit mit anderen massgebenden politischen Kräften zu tun. Jene Gruppen, welche diese Regeln nicht akzeptieren – wo sind sie überhaupt noch zu finden, wenn sogar die Kommunisten in verschiedenen Städten und Gemeinden (zum Beispiel Genf, Carouge, Le Locle) in der Exekutive vertreten sind? – müssen damit rechnen, bedeutungslos zu bleiben.

c) Drittens: Es hat kein politischer Bruch zwischen den Generationen stattgefunden. Kürzlich durchgeführte Untersuchungen zeigen da sehr interessante Zusammenhänge auf. Besonders erwähnt sei hier eine Meinungsumfrage (die im Jahre 1972 befragten Personen waren repräsentativ für die Gesamtheit der Schweizer Bürger, Männer und Frauen), welche vom Dé-

partement de science politique der Universität Genf, in Zusammenarbeit mit dem psychologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt wurde. Diese Untersuchungen wurden von Professor Dusan Sidjanski geleitet. Ein wichtiger Befund ist, dass die politische Optik der jungen (20- bis 29jährigen) Staatsbürger jener der anderen Generationen sehr ähnlich ist. So legt in jeder Altersgruppe zum Beispiel eine Minderheit von etwa einem Viertel eine Haltung an den Tag, welche von einigen als «modern» bezeichnet wird, weil sie um so mehr Überzeugungskraft zu haben scheint, als das Land höherentwickelt ist. Es handelt sich um eine Tendenz, welche der freien Meinungsäusserung und dem Recht auf wirkliche Beteiligung an den politischen Entscheidungen den Vortritt gegenüber dem Problem der Ordnung und des Wohlstandes einräumt. In der Schweiz ist diese Minderheit bei den 20- bis 29jährigen etwa gleich stark wie bei den Gruppen zwischen dreissig und sechzig. Sie ist kleiner bei den über Sechzigjährigen, welche von einer Zeit geprägt wurden, in welcher das Leben schwieriger und die Bildungsmöglichkeiten geringer waren (H. Kerr et D. Handley, Conflits des générations et politique étrangère en Suisse, Annuaire suisse de science politique, 1974). Zudem ist entgegen weitverbreiteter Meinungen die jüngere Generation nicht besonders von der Linken angezogen. Auf die Frage, wo sie sich politisch zwischen der extremen Linken bis zur extremen Rechten einreihten, erhält man hier mehr oder weniger gleiche Antworten wie von den anderen Gruppen.

41% von ihnen wissen keine Antwort (oder wollen nicht antworten). Der Anteil dieser Fälle ist gleich wie in den andern Altersgruppen (ausgenommen bei den über 70jährigen, wo er 56% beträgt). Von den Bürgern zwischen 20 und 29 Jahren erklären sich 3% als «ganz links» und 11% als «linksstehend». In den älteren Gruppen ist der Anteil «sehr links» 4–5%, und jener der Bürger, die «links» sind, 5–10%, je nach Generation. In die politische Mitte stellen sich 29% der Bürger zwischen 20 und 29 Jahren, 16–31% jene der anderen Gruppen. «Rechts» oder «sehr rechts» sind 16% der 20- bis 29jährigen Bürger und 14–23% jene der anderen Generationen.

Nach der von ihnen bevorzugten Partei befragt, erklären die 20- bis 29jährigen Bürger zum grossen Teil (63%), nicht zu stimmen (oder sie antworten nicht). Der Anteil dieser Fälle ist bei den 30- bis 69jährigen Bürgern geringer. Er ist 56% bei den über 70jährigen. Jene anderen, die ihre politische Präferenz nennen, bekennen sich in sehr geringer Zahl zur Sozialdemokratischen Partei oder zur Partei der Arbeit (5% in der Gruppe der 20- bis 29jährigen). Bei den älteren Stimmberechtigten liegt der Anteil der sozialdemokratischen (oder kommunistischen) Wähler bei 12–15%.

Wenn man nur jene Befragten berücksichtigt, welche die Partei ihrer Wahl

angegeben haben (und die Zögernden, Nicht-Stimmenden und Nicht-Antwortenden beiseite lässt), erhält man die folgenden Proportionen: 14% sozialdemokratische (oder kommunistische) Wähler zwischen 20 und 29 Jahren, 20–26% zwischen 30 und 69 Jahren, 31% bei den mehr als 70jährigen. Die CVP steht höher in der Gunst der 20- bis 29jährigen Befragten (32%), welche ihre politischen Präferenzen genannt haben, als der 30- bis 69jährigen (20–26%) und besonders der 70- und mehr als 70jährigen (19%). Für die anderen Parteien sind die Unterschiede zwischen den 20- bis 29jährigen Bürgern und jenen der andern Altersgruppen geringer. (Umfrage über das politische Verhalten in der Schweiz im Jahre 1972, D. Sidjanski, H. Kerr, J. Nicola, Genf, 1974. Siehe auch von den gleichen Autoren, mit R. Inglehart und Ch. Roig, Les Suisses et la politique, Genève, 1975.)

Es ist wahrscheinlich, dass mit zunehmendem Alter jene Bürger, die bei der Umfrage 20 bis 29 Jahre alt waren, Erfahrungen machen werden, die den Anteil der Parteilosen in ihren Altersklassen verringern werden. Dieser Mechanismus und vielleicht andere Verschiebungen werden vermutlich den Anteil der linken Wähler erhöhen, wodurch diese Generation den vorhergehenden wahrscheinlich noch näherrücken wird. (Diese Bürger waren im Jahre 1968 16 bis 25 Jahre alt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die «Maiereignisse» und alles, was darauf folgte, bei ihnen, zumindest in der Schweiz, eher abweisende Haltungen gegenüber gewissen Formen des Sozialismus hervorrief.) Logischerweise drängen sich Vorstellungen ähnlicher Phänomene für jede Generation auf. Jedenfalls ist dies auf den ersten Blick die einfachste Art, das Weiterbestehen des Gleichgewichts der politischen Kräfte während mehreren Jahrzehnten zu erklären.

Diese Konstanz im Funktionieren des politischen Sozialisationssystems geht in der Richtung des oben geäusserten Gedankens, gemäss dem es auf Zusammenschlüssen beruht, welche sich eher durch die Gesinnung als durch die materielle Situation ihrer Anhänger ergeben. Denn wie könnte man sich sonst die Kontinuität in der Aufteilungsstruktur der politischen Affinitäten erklären? Diese Zusammenschlüsse müssten allerdings noch einer genaueren Untersuchung unterzogen werden; zudem müsste auch erforscht werden, wie im Schosse der Familien, die sich diesen Gruppen anschliessen, die jedem Milieu eigenen Formen politischer Sensibilität übertragen werden.

d) Viertens: Das Fremdarbeiterproblem. Infolge ihrer starken Präsenz in den unbeliebtesten Berufen helfen die Gastarbeiter dem Grossteil der Schweizer, in einträglichere und angesehenere Positionen aufzusteigen. Die am wenigsten privilegierte Arbeiterklasse setzt sich so immer mehr aus Nicht-Schweizern zusammen, hat also die Tendenz, sich ausserhalb des politischen Kräftespiels zu bewegen, während viele inländische Arbeiter

einen sozialen Aufstieg erleben. Dies hat vielleicht Spannungen verringert, die Regierungstreue verstärkt und grosse Kämpfe verhindert, aus welchen der Aufstieg gewisser Parteien und der Niedergang gewisser anderer hätte resultieren können. Hierin liegt ein Stück Wahrheit. Nun kann man sich allerdings irgendwelche «Funktionsanzeiger», welche solche Einschätzungen erst ermöglichen würden, nur schwer vorstellen. Wenn diese «indicateurs opératoires» zwar schwer vorstellbar sind, so bedeutet dies nicht, dass es unmöglich sei, sie eines Tages herzustellen.

e) Ein anderer Aspekt der schweizerischen Gesellschaft hat sich nicht verändert: Sie ist und bleibt kapitalistisch. Die politische Kontinuität, von der wir gesprochen haben, kann folglich als das Produkt des weltweiten Funktionierens eines Systems beschrieben werden, das der kapitalistischen Klasse den Fortbestand ihrer Macht gewährleistet, und als das Instrument, dessen sich diese Klasse bedient, um ihre Privilegien aufrechtzuerhalten. Dies führt dazu, dass den Handlungen dieser Klasse eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Sie hat Vertreter in den verschiedenen bürgerlichen Parteien. Sie hat mit den anderen sozialen Gruppen, besonders im Rahmen der Kollektivverträge, Beziehungen hergestellt, welche ihre Ziele fördern. Wenngleich sie Kritik übt, ist die Arbeiterbewegung dennoch weitgehend im System integriert. Die führenden Kreise des «Grosskapitalismus» und die Organisationen, welche die grosse Masse der wenig Besitzenden und der mittleren Schichten repräsentieren, haben alles Interesse daran, dass dieser Zustand erhalten bleibt. Aber diese – übrigens banalen – Feststellungen lassen das Problem ungelöst: Welches sind konkret die Mechanismen, mit welchen sich der Fortbestand der politischen Orientierung der Volksmehrheit und der Parteienstruktur, ungeachtet aller sonst stattfindenden Wandlungen, verwirklichen lässt? Die Vormachtstellung der kapitalistischen Klasse ermöglicht ihr doch gewiss nicht, nach Lust und Laune die politischen Strömungen zu steuern (denn sie würde ja sicher einen Rückgang der Linken einem reinen politischen Status quo vorziehen). Diese Strömungen unterliegen Bedingtheiten, die niemand willentlich regelt – schon deshalb nicht, weil sie praktisch unbekannt sind.

f) Ein weiteres Moment: die wirtschaftliche Effizienz und politische Beweglichkeit. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems ist offensichtlich. Es gewährleistet dem Volk Lebensbedingungen, die sich positiv abheben von jenen, die in anderen entwickelten Ländern beobachtet werden. Zudem werden diese wirtschaftlichen Resultate im Rahmen des politischen Liberalismus und der föderalistischen Dezentralisierung erzielt. Das System gewährt den Besitzenden Privilegien, lässt aber auch dem Rest der Bevölkerung Wohlstand und Freiheit zukommen. Diese Umstände erklären zum grossen Teil die geringe Begeisterung der Wählerschaft für Ver-

änderungen, die über einfache Anpassungen hinausgehen. Ein Sachverhalt, der wohl auch zur Fortdauer der relativen Stärke der verschiedenen Parteien beiträgt. Jede wirkt auf ihre Art an den nuancierten Anpassungsvorgängen mit, welche die meisten Wähler wünschen. Der Bürger, der zwar gerne die Partei, für die er stimmt, kritisiert, billigt im Grunde zumeist den Stil und die Umrisse der Aktionen seiner Gruppe. Ein System, das zu tieferer Unzufriedenheit Anlass gäbe, würde bestimmt mehr Veränderungen im politischen Lager hervorrufen.

Dieses «schweizerische Glück», Quintessenz der «kleinbürgerlichen Lebensauffassung», ist auf alle möglichen Arten bespottet und kritisiert worden. Uns interessiert hier jedoch nur, dass es von der Bevölkerung auch wirklich als Glück empfunden wird. «Les Suisses et la politique», das bereits genannte Werk, enthält zu diesem Punkt Gedanken, welche viele dieser Ausführungen bestätigen und ergänzen. Die Bevölkerung ist sich zwar der Grenzen bewusst, welche die ihr ermöglichte Lebensform aufweist, ebenso auch der Mängel des Systems, aber sie sieht das alles mit den Augen eines Sancho Pansa an. Diese Tatsache mag man je nach Standpunkt bedauern – man schafft sie dadurch nicht ab.

g) Schliesslich: Der Friede. Kriege ziehen oft besonders wichtige Veränderungen auf dem politischen Schachbrett nach sich. Während der Zeitdauer, auf die wir uns hier beschränken, das heisst auf die zwei bis drei letzten Jahrzehnte, hat in Europa Frieden geherrscht. Bekanntlich ist die Schweiz auch von den vorhergehenden Konflikten verschont geblieben. Dies hat natürlich die Stabilisierung der Meinungen nur begünstigt; wie auch den Einfluss aller Parteien auf den Bevölkerungsteil, welche sie am unmittelbarsten kontrollieren, gestärkt.

Es sei eine letzte Bemerkung gestattet. Wenn zwar der «Fall Schweiz» zu den eigentümlichsten gehört in bezug auf den «Widerspruch» zwischen rascher Entwicklung der gesellschaftlichen Strukturen und Mentalität einerseits und dem Beharren der Formen des politischen Lebens anderseits, so ist er doch nicht einmalig, ganz im Gegenteil. In andern Industrieländern gibt es ähnliche Situationen. Die Modernisierung der Wirtschaft und alle daraus folgenden sozialen, demographischen und kulturellen Wandlungen haben die politischen Kräfte in den angelsächsischen Ländern und beispielsweise auch in Skandinavien nicht durcheinandergebracht. Viele Beobachter sind auch der Ansicht, dass die Konfigurationen der politischen Familien im heutigen Frankreich jenen der Vierten oder sogar Dritten Republik ähnlich sind. Die weitgehende Autonomie der ideologischen Temperamente und der politischen Gruppierungen im Verhältnis zur Entwicklung auf den andern Gebieten ist ein klassisches Thema. Seine Relevanz für das Verständnis helvetischer Entwicklungen sollte um so mehr in der Diskussion mitberücksichtigt werden.